



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84894 - 93
Fernschreiber 0886890

P/XIV/169 - 31. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Abgrenzung vom Kommunismus Von Waldemar von Knoeringen, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	105
4 - 5	Endspurt mit Fallgruben Günter Markscheffel berichtet aus Genf	69
6	Volle Gleichberechtigung - bessere Demokratie Rechtsauffassung der SPD vom Bundesverfassungsgericht bestätigt	54
7	Die Situation in Kerala Erfolgreiche Auflehnung des Mannes auf der Straße	42

* * *
* *

Abgrenzung vom Kommunismus !

Von Waldemar von Knoeringen
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Auszug aus der Rede des stellvertretenden
Vorsitzenden der SPD, Waldemar von Knoeringen,
vor der Delegierten-Konferenz des Sozialis-
tischen Deutschen Studentenbundes am
30. VII. bis 1. VIII. in Göttingen.

Wir können in der Abgrenzung ausgehen von der Charakterisierung
des Kommunismus, die in der Grundsatzerklärung der Sozialistischen
Internationale von 1951 zu finden ist. Dort wird festgestellt:

Seit der bolschewistischen Revolution in Rußland hat der Kommu-
nismus die internationale Arbeiterbewegung gespalten und dadurch
die Verwirklichung des Sozialismus in vielen Ländern um Jahrzehnte
zurückgeworfen.

Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische
Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Traditionen bis
zur Unkenntlichkeit verzerrt. Der Kommunismus ist zu einem Dog-
matismus erstarrt, der im unvergleichbaren Gegensatz zum kriti-
schen Geist des Marxismus steht. Der internationale Kommunismus
ist das Instrument eines neuen Imperialismus. Wo immer er zur
Macht gekommen ist, hat er die Freiheit ausgerottet oder die
Möglichkeit, sie zu erringen, vernichtet. Er hat eine neue
Klassengesellschaft mit aufreizenden Gegensätzen von Besitz
und Vorrecht erzeugt.

Diese scharfen Formulierungen sind notwendig, um zu zeigen, daß es
im Wesen zwischen Kommunismus und demokratischem Sozialismus keine
Beziehung gibt.

Der Kommunismus geht von einer anderen Beurteilung des Menschen aus.
Für ihn ist die Partei und ihre Macht das Zentrum aller Dinge, er
unterwirft den Freiheitsanspruch jedes Einzelnen dem Machtanspruch
der Partei. Er mißbraucht die Menschen skrupellos für seine Zwecke.
Seine Herrschaft ist nicht die des Sozialismus, sondern die imperia-
listische Diktatur, deren Ziel es ist, die ganze Welt ihrem Gesetz zu
unterwerfen. Daher kann es vom demokratischen Sozialismus aus zu
diesem kommunistischen Machtanspruch nur den unversöhnlichen Gegen-
satz geben.

Kommunismus und Wirklichkeit

Aber auch der Kommunismus ist dem Zwang der Entwicklung unterworfen. Während die hohen Priester der Parteiherrschaft das Dogma des Marxismus-Leninismus, wie sie es verstehen und gebrauchen, verkünden, sind sie gezwungen zur Erhaltung ihrer Herrschaft, die Mittel der modernen Macht voll zu entwickeln. Daher erstreben sie die möglichst rasche Industrialisierung der kommunistischen Länder, wenn auch unter ungeheueren Opfern und Leiden.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit, die mit der werdenden Industriegesellschaft einer ständigen Veränderung unterworfen ist, zwingt zu einer stärkeren pragmatischen, von Nützlichkeitsabwägungen bestimmten Parteiherrschaft, die in Chruschtschow ihren Exponenten gefunden hat.

Dabei muß eines klar gesehen werden: Was auch immer sich an Veränderungen in der russischen Gesellschaft zeigt, die Veränderung in der Gesellschaftsstruktur, das Wachsen des Lebensstandards, die hohen naturwissenschaftlich-technischen Leistungen, alles steht unter dem Zwang kommunistischer Machtpolitik und soll dem Ziel der Ausweitung der kommunistischen Herrschaft dienen. Inwieweit erzwungene Konzessionen an die werdende Industriegesellschaft früher oder später zu einer Veränderung der Herrschaftsformen und zu einem Konflikt mit der kommunistischen Ideologie führen können, ist nicht abzusehen.

Sicher ist, daß das Auseinanderklaffen zwischen Dogma und gesellschaftlicher Wirklichkeit zum entscheidenden Problem der kommunistischen Diktatur werden wird.

Für manche ist das nun der Anlaß zu glauben, daß wir es bereits mit einer Stufe der kommunistischen Entwicklung zu tun haben, in der eine Annäherung zum Kommunismus möglich ist. Der Kommunismus sei wandlungsfähig, daher müsse man sich mit ihm verbünden, denn nur so könne eine starke sozialistische Politik entwickelt werden.

Hier muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden: Das Kriterium jeder Demokratie ist das Vorhandensein einer legalen Opposition, das Recht der Alternativ-Entscheidung zwischen mindestens zwei Parteien. Vor allem aber muß jedem Staatsbürger erkennbar sein, daß die Opposition auf legalen Wege und durch die Gewinnung der öffentlichen Meinung zur Regierungsmacht emporsteigen kann.

Nun sagen uns die Versöhner, das würde sich auch im Kommunismus schon noch entwickeln, es bedarf nur der entsprechenden Zeit und der Unterstützung der "östlichen Friedensfront".

Lassen wir uns nicht täuschen: wenn sich das entwickelt, dann wird es eben nicht mehr der Kommunismus sein, dann werden sich neue Perspektiven zeigen, aber dann wird auch der Totalitätsanspruch des Kommunismus nicht mehr aufrechterhalten werden können. Das wäre die Selbstaufgabe der totalen kommunistischen Herrschaft und das Ende der Diktatur.

Solange wir dieses festzustellen nicht in der Lage sind, wird der Gegensatz zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus bestehen bleiben, und zwar mit aller Schärfe, weil der Kommunismus die Negation dessen ist, was den Sozialismus ausmacht.

Wenn man aber einmal von der Annahme ausgeht, daß sich im kommunistischen Herrschaftsbereich Veränderungen anbahnen, die zu neuen politischen Entwicklungen führen, dann kann man diese Veränderungen nicht fördern, indem man sich nunmehr mit dem Kommunismus und dem Anspruch seiner Macht identifiziert, sondern nur, indem man diesen Anspruch entschieden zurückweist und im eigenen Raum die Elemente demokratischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit so festigt, daß sie auch über den Eisernen Vorhang hinweg die Ansätze zur Auflockerung der Diktaturen begünstigen.

Sozialdemokratie und SED

Der demokratische Sozialismus in Deutschland befindet sich in einer besonderen Lage. Durch die Spaltung des Landes, die Aufrechterhaltung der kommunistischen Zwangsherrschaft unter dem Schutz der Sowjetarmee hat das Regime des Kommunismus in der Sowjetzone einen besonderen Charakter erhalten. Die Abhängigkeit der SED von der sowjetischen Macht und der Widerspruch, in dem sie sich zur wahren Meinung des großen Teiles des Volkes befindet, machen das kommunistische Regime der Sowjetzone zum bloßen Vollstrecker des Willens der Besatzungsmacht.

Auch in der Sowjetzone wird der Versuch gemacht, durch die Mittel der Erziehung und der Produktivitätssteigerung das kommunistische System zu festigen. Alle Bemühungen der SED-Führung, die kommunistische Ordnung durchzusetzen, stehen im Widerspruch zu den Traditionen und Vorstellungen, die eine gerade in Mitteldeutschland starke demokratische Arbeiterbewegung bis zur Machtergreifung durch den Nationalsozialismus entwickelt hatte und deren Vorhandensein durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 erneut bestätigt wurde.

Die SED-Herrschaft kann daher der Entwicklung in anderen Ländern nicht gleichgesetzt werden. Sie ist eine besonders verabscheuungswürdige Art der Unterdrückung und der Schändung alles dessen, was die Idee des Sozialismus ausdrückt.

Aus diesem Grunde kann es keine Beziehungen und keine organisatorischen Kontakte zu Vertretern der SED und ihren Organen geben.

Endspurt mit Fallgruben

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Eine fieberhafte Aktivität aber auch Nervosität hat hier in Genf die drückende Konferenzatmosphäre zu Beginn dieser Woche abgelöst. Bei den Westmächten ist man sich inzwischen darüber klar geworden, daß es Moskau in letzter Minute doch noch gelang, dem Westen den "Schwarzen Peter" für das mehr oder weniger überstürzte Ende der Konferenz in die Hände zu spielen. Die Tatsache, daß es Herter war, der als erster das Wort vom "Ende" sprach, wird von den Russen weidlich ausgenutzt. Jedem, der es hören will oder nicht, sagen sie: "Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte man noch lange weiterverhandeln können. Aber Herr Herter hat ja leider keine Zeit".

Artikel und Kommentare der westlichen Presse, in denen davon die Rede war, Herter habe energisch den Russen zu verstehen gegeben, der Westen lasse sich nicht unter Druck setzen und breche das unfruchtbare Gespräch ab, sindbarer Unsinn. Herr Herter hat schlicht und einfach, ohne große politische Argumente, seinem Kollegen Gromyko erklärt, er habe ab 5. August keine Zeit mehr, da er sich zur inter-amerikanischen Konferenz nach Chile begeben müsse.

* * *

Natürlich wissen die Außenminister der Westmächte, daß sie schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in ihren Ländern nicht ganz ohne Resultat nach Hause kommen können. Deswegen wird jetzt hier viel von "westlichen Konzessionen" gesprochen, die erforderlich seien, ein Resultat zu erzielen, das nicht nach Kapitulation aussieht.

Eine schneußliche Situation für den Westen nach allen großen Worten, die in letzter Zeit gesprochen wurden. Die Russen sitzen an einem sehr langen Nebel und wissen damit zu spielen ...

* * *

Nun hat Herr von Brentano den Regierenden Bürgermeister von Berlin Willy Brandt, gebeten, nach Genf zu kommen. Wie es heißt, um Brandt über "die entscheidende Phase der Konferenz" laufend und an Ort und Stelle zu informieren. Es gibt jedoch nicht wenige Konferenzbeobachter, die der Meinung sind, die westdeutsche Delegation wolle sich der Unterstützung Brandts bei dem Versuch versichern, ihre negative Einstellung zu vertuschen.

* * *

Die größte Aufmerksamkeit aller Konferenzbeobachter konzentriert sich jetzt auf die Frage, was der Westen zu tun gedenkt, um eine von den Russen in ihrem Memorandum gewissermaßen angebotene Ausweichstellung für den vielumstrittenen "Gesamtdeutschen Ausschuss" zu beziehen. In diesem Memorandum, das lange wie ein Geheimnis gehütet wurde, heißt es bei der Forderung nach Einrichtung eines gesamtdeutschen Ausschusses u.a., daß auch "eine andere Form" gewählt werden könne, die es den Deutschen aus beiden Teilen Deutschlands gestatte, über Deutschland betreffende Fragen miteinander zu reden. Hier würde sich eine Möglichkeit zum ehrenvollen Kompromiß bieten, denn die "andere Form" ist ja auch im westlichen "Friedensplan" als Anregung enthalten und würde analog auch dem Deutschlandplan der SPD - an Vorstellungen anknüpfen, die im Ergebnis eine Aktivierung bereits zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestehender technischer Kontakte, sowie deren Erweiterung und möglicher politischer "Legalisierung" bedeuten. Voraussetzung dafür, daß man wenigstens in dieser Phase weiterkommt, wäre allerdings die Aufgabe jenes Passus im westlichen "Friedensplan", der die volle militärische Entscheidungsfreiheit eines wiedervereinten Deutschland vorsieht. Hier müßte eine Vereinbarung über den zukünftigen militärischen Status Deutschland zwischen den Siegermächten getroffen werden, ein Problem, das überhaupt nur unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen sowohl des deutschen Volkes wie auch seiner unmittelbaren Nachbarn und der ehemaligen Siegermächte gelöst werden könnte.

* * *

Die Genfer Konferenz kann nur zu einem positiven Ergebnis im Sinne einer Entspannung zwischen Ost und West gelangen, wenn ihr Ausklang die Bestätigung für die These ist, daß die Problematik der Sicherheit in Europa als gemeinsames Anliegen angepackt wird, die speziellen deutschen Fragen jedoch in den Rahmen von vorbereitenden Verhandlungen gestellt werden, die sich technisch und politisch mit dem Gesamtkomplex synchronisieren lassen. Hierbei sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß Berlin nicht angetastet und somit die Freiheit der Berliner Bevölkerung und die Rechte der Westmächte in Berlin respektiert werden.

Ob die wenigen Tage bis zum 5. August noch ausreichen werden, um dem Westen die Möglichkeit zu geben, einiges von dem verlorengegangenen Terrain wieder aufzuholen und offensiv die Diskussion über die Entspannung zwischen Ost und West in Europa und damit über die Überwindung der Spaltung Deutschlands einzugreifen, ist schwer zu sagen.

+ + +

Volle Gleichberechtigung - bessere Demokratie

Bt. - "Von der Entscheidungsbefugnis des Mannes, die bestanden hat, seit in Europa die Anfänge einer höheren Gesittung sichtbar geworden sind, ist nichts übrig geblieben als der kümmerliche Rest eines verklausulierten 'Stichtscheids' in Fragen der Kindererziehung. Sonst hat man tabula rasa gemacht". So schrieb der "Rheinische Merkur" nach der Bundestagsentscheidung über das gleiche Recht der Geschlechter im Mai 1957. Der Schluß seines weinerlichen Kommentars: "Es will uns scheinen, daß das Parlament mit diesem Gesetz seine moralische Zuständigkeit überschritten hat, denn es hat, vermutlich ohne es selber richtig zu begreifen, eine wahre Revolution von oben vollzogen, die eine Rechtsüberlieferung von Jahrtausenden zerstört."

Soeben hat sich nun herausgestellt, daß es der "Rheinische Merkur" und seine Freunde waren, die damals nicht "richtig begriffen" hatten. Jetzt hat nicht das Parlament, sondern der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe gesprochen und hat die Paragraphen 1628 und 1629 des BGB, die 1957 neu verfaßt worden waren und die dem Vater den sogenannten Stichtscheid bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eltern sowie das alleinige Recht zur Vertretung seiner Kinder in Rechtsgeschäften einräumten, für ungültig erklärt. Der Stichtscheid war keineswegs ein "kümmerlicher Rest". Ganze Länderverbände von Frauenvereinigungen hatten dazu erklärt, die alleinige Entscheidungsgewalt des Mannes sichere nach wie vor das Patriarchat. Es wurden sogar - allerdings von Männern - ernste Gründe dafür angeführt, daß man, wenn es schon eines Stichtscheids bedürfte, ihn doch viel eher der Mutter überlassen sollte.

Soweit wollten die Frauen nun allerdings keineswegs gehen. Sie wollten lediglich das Privileg beseitigt wissen, das mit der Gleichheit der Rechte beider Ehegatten schlechterdings nicht in Einklang zu bringen ist. Vier Ehefrauen, die weder geschieden sind noch getrennt leben, hatten in den Ausnahmebestimmungen des Gleichberechtigtengesetzes eine Schmälerung ihres Rechtes auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit als Mutter gesehen und stellvertretend für zahlreiche andere Frauen Verfassungsbeschwerde eingelegt. Zudem lagen in Karlsruhe zwei Normenkontrollanträge von Vormundschaftsgerichten vor.

Die Düsseldorfer Rechtsanwältin Frau Dr. Müller-Lütgenau hatte ausgeführt, bei der Gestaltung der Gleichberechtigung-Bestimmungen hätte sich der Gesetzgeber an den Wortlaut der Verfassung (Art. 3: Gleichheitsgrundsatz, Art. 6: Schutz der Ehe und Familie) und nicht an weltanschauliche-religiöse Auffassungen zu halten gehabt. Die Mutter kenne das Kind besser als der Vater und sei daher auch besser in der Lage, die für das Kind nützliche Entscheidung zu treffen. Der Frankfurter Professor Dr. Müller-Freienfels sprach vom Bürgerlichen Gesetzbuch als einem Schutzgarten männlicher Vorrechte, über dem geschrieben stünde: "Der Führer der Familie hat immer Recht!" Aus der daraus folgenden psychologisch-soziologischen Situation hätte er interessante Schlüsse gezogen: Die Ausübung autoritativer Vaterrechte wirkt sich auch in der politischen Gestaltung des Lebens aus. (Das weiß natürlich auch der "Rheinische Merkur").

Die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, die seinerzeit die Bundestagsmehrheit warnten, sich über Verfassungsbestimmungen des Grundgesetzes hinwegzusetzen, sind in ihrer Rechtsauffassung nunmehr vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Der "Rheinische Merkur" wird jetzt vielleicht auch den zuständigen Richtern die "moralische Zuständigkeit" absprechen. Je schneller sich die nunmehr volle Gleichberechtigung im Denken und Fühlen der Menschen und im Alltagsleben durchsetzt, umso eher wird der "Rheinische Merkur" erkennen müssen, wie unzuständig er wieder einmal gewesen ist.

Die Situation in Kerala

ED - Die Würfel sind gefallen. Die kommunistische Regierung des indischen Bundesstaates Kerala ist aufgrund eines Beschlusses der Zentralregierung in Neu-Delhi ihres Amtes entsetzt. Gleichzeitig wurde das Landesparlament aufgelöst und die Staatsgewalt dem indischen Staatspräsidenten Prasad übertragen. Noch ist die Verlautbarung nicht offiziell verkündet worden, jedoch erwartet man jede Stunde in Indien die Veröffentlichung durch den Staatspräsidenten. Um eventuelle Unruhen im Keime zu ersticken, hat die Zentralregierung nordindische Einheiten der Armee nach Kerala verlegt. Ohne Zweifel ist dem Ministerpräsidenten Nehru der Entschluss nicht leicht gefallen. Denn die kommunistische Regierung in Kerala kam nicht aufgrund eines Staatsstreiches oder mehr oder minder gefälschter Wahlen an die Macht, sondern genügend Keralesen brachten mit dem Stimmzettel, ganz frei und ohne Zwang die Kommunisten in die Regierungsgämter. Zwar war es nicht die Mehrheit der Einwohner, so doch so viele, dass die Kommunisten mit Hilfe einiger Unabhängiger die Kommandogewalt übernehmen konnten. Ebenso weiss jedermann in Neu-Delhi, dass die Unruhen im Lande nicht - formalrechtlich gesehen - ihren Ursprung bei kommunistischen Wahlaktionen, sondern bei dem passiven Widerstand der demokratischen Oppositionsparteien und Gruppen hatten. Die kommunistische Regierung hatte zwar das "Recht" auf ihrer Seite, als sie hunderte und tausende von Keralesen einsperrte, und trotzdem gehört die Revolte des Mannes auf der Strasse in Kerala zu einem eindrucksvollen Zeichen des asiatischen Widerstandes gegen den Kommunismus. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass gerade diese Gedanken den Ministerpräsidenten zu seinem Absetzungsbeschluss bewegten. Betrachtet man aber die einzelnen Oppositionsgruppen in Kerala selbst, so wird man hier gewahr, dass es einer Reihe von ihnen weniger um die Absetzung einer kommunistischen Regierung als vielmehr um die Wiedergewinnung ihrer Privilegien geht: Das Unbehagen der Kongresspartei am Kommunismus in Kerala war die Malaise einer ihrer früher eingenommenen Machtstellung beraubten Gruppe. Ebenso war es mit einigen einflussreichen Hindusekten und Rechtsgruppen. Die einzigen, die wirklich von einer geistigen Warte her die kommunistische Regierung bekämpften, waren die Prajasozialisten und die Katholiken. In dieser Beziehung dürfte der Widerstand gegen die Kommunisten in Kerala mit der Absetzung der Regierung nicht beendet sein. Ebenfalls aber muss die Kongresspartei, die zum Teil korrupt ist, Anstrengungen unternehmen und ihre eigenen Reihen säubern, denn sonst dürfte die Schlacht in Kerala für sie ein Pyrrhus-Sieg gewesen sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel